



## Presseerklärung des Sicherheitsrats zu Jemen

NEW YORK, 3. Juni 2022 – Die Mitglieder des Sicherheitsrats begrüßten die am 2. Juni vereinbarte Verlängerung des Waffenstillstands. Sie würdigten erneut die Maßnahmen der Parteien zur Einhaltung des Waffenstillstands, der dem jemenitischen Volk einen echten und greifbaren Nutzen gebracht hat, einschließlich einer deutlichen Abnahme der Zahl der zivilen Opfer. Sie würdigten insbesondere die Flexibilität der Regierung Jemens bei der Erleichterung des Einlaufens von Treibstoffschiffen nach Hudaida und der Ermöglichung von Flugverbindungen zwischen Sanaa und Amman sowie zwischen Sanaa und Kairo und lobten die regionalen Partner für ihre Unterstützung. Sie begrüßten, dass der Waffenstillstand ein direktes Zusammentreffen der Parteien unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ermöglicht hat. Sie bekundeten ihre Besorgnis über die schweren humanitären Folgen der andauernden Straßensperren rund um Taiz und forderten die Huthi auf, bei den Verhandlungen flexibel zu sein und die Hauptstraßen unverzüglich zu öffnen. Sie brachten die Hoffnung zum Ausdruck, dass ein gestärkter Waffenstillstand zu einer dauerhaften Waffenruhe und zur Herbeiführung einer alle Seiten einschließenden und umfassenden politischen Regelung unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen führen kann. Sie unterstrichen, wie wichtig eine Mindestbeteiligungsquote von Frauen von 30 Prozent ist, im Einklang mit den Ergebnissen der Konferenz des nationalen Dialogs, worauf in Resolution [2624 \(2022\)](#) verwiesen wurde. Sie legten den jemenitischen Parteien nahe, weiter mit dem Sondergesandten der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten und im Geiste des gegenseitigen Respekts und der Aussöhnung miteinander zu verhandeln und zu kommunizieren.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten ihre tiefe Besorgnis über das Risiko einer Hungersnot und legten den Gebern nahe, den Plan der Vereinten Nationen für humanitäre Maßnahmen vollständig zu finanzieren. Sie unterstrichen die Notwendigkeit, eine alle Seiten einschließende und umfassende politische Regelung herbeizuführen, die humanitäre und wirtschaftliche Krise anzugehen und die Zivilbevölkerung zu schützen.

22-08547 (G)

